

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 07.11.2012

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Otto Bodenheimer Grünen	Bündnis 90/Die Grünen	
Ratsherr Ingo Diller	SPD	
Ratsherr Michael Dregger	CDU	Vertreter für Ratsfrau Christel Gabler
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Sandra Knoblauch	SPD	
Ratsherr Heinz-Rüdiger Ochel	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers	DIE LINKE	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	bis 18.28 Uhr
Ratsherr Jens Voß	SPD	Vertreter für Ratsherrn Gordan Dudas, MdL
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Ratsherr Michael Wülfrath	FDP	Vertreter für Herrn Dominik Petereit
Frau Karin Lühr	SPD	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk Fraktionslos

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Lars Bursian
Herr Peter Dilks
Herr Dieter Rotter
Herr Martin Walter
Herr Klaus-Peter Welter
Frau Sonja Eisenmann
Herr Christian Hayer
Herr Hans Hutya

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Peter Biernadzki	Parteilos
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD
Ratsfrau Christel Gabler	CDU
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU
Herr Dominik Petereit	FDP

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Martin Kornau	Fraktionslos
--------------------	--------------

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Herr Ismail Yaman	Liste der SPD
-------------------	---------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:34 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

- 2. Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Bildung eines Ausbau- und Abrechnungsabschnittes sowie über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage Krummscheider Weg (zwischen der nördlichen Einmündung Dammessiepen bis zur Einmündung Schulstraße)
Vorlage: 076/2012**
-

Es wird eine Abstimmung nach Vorlage vorgeschlagen.

Ohne weitere Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Bildung eines Ausbau- und Abrechnungsabschnittes sowie über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage Krummscheider Weg (zwischen der nördlichen Einmündung Dammessiepen und der Einmündung Schulstraße) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: ./.

Enthaltungen: ./.

3. Verkehrskonzept im Bereich des Regionaleprojektes "Denkfabrik" **Vorlage: 197/2012**

Herr Hutya stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das geplante Verkehrskonzept im Bereich des Regionaleprojektes „Denkfabrik“ vor. Er betont, dass hier eine Straßenneugestaltung erst durch den Erhalt von Fördermitteln ermöglicht worden sei. Die nötigen Planungskosten stünden bereits zur Verfügung. Die Planung könnte jedoch erst 2013 begonnen und umgesetzt werden. Ratsherr Diller regt an, eine möglichst gerade Fahrbahn- und Gehsteigführung zu planen, um dem Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb die Arbeit zu erleichtern. Herr Hutya führt aus, dass der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb in die Planungen einbezogen werde. Damit sei eine Berücksichtigung dessen Belange sichergestellt.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt die Umsetzung des in der Anlage dargestellten Verkehrskonzeptes im Bereich des Regionaleprojektes „Denkfabrik“. Er beauftragt die Verwaltung mit der Planung der in der Begründung genannten Quartierstraßen auf Grundlage dort genannten Gestaltungsansätze.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

4. Meldung für den Bundesverkehrswegeplan 2015 **Vorlage: 200/2012**

Ratsherr Bodenheimer beantragt eine getrennte Abstimmung der beiden Sachverhalte.

1. Verzicht auf die Ortsumgehung Lüdenscheid/Brügge B229
2. Aufnahme des 6spurigen Ausbaus der BAB 45 in den Bundesverkehrswegeplan

Die Anwesenden stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder zu 1. einstimmig und zu 2. mit Stimmenmehrheit bei zwei Gegenstimmen folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt die in der Begründung angeführte Stellungnahme und beauftragt die Verwaltung diese gegenüber der Bezirksregierung abzugeben.

1. Verzicht auf die Ortsumgehung Lüdenscheid/Brügge 229

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

2. Aufnahme des 6spurigen Ausbaus der BAB 45 in den Bundesverkehrswegeplan (BVWP)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	./.

5. Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs Vorlage: 201/2012

Nach kurzer Diskussion zieht die Verwaltung die Beschlussvorlage zurück.

6. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

Entfällt

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgaben

7.1.1. Zweckbindungsfrist der Gestaltung des Tunnels unter dem Sauerfeld im Rahmen des Verfügungsfonds der Denkfabrik

Herr Bursian erinnert an den Wettbewerb, den die Bergstadtarchitekten mit Lüdenscheider Schülern durchgeführt haben. Die hieraus entstandenen Arbeiten und Gestaltungsmöglichkeiten seien prämiert und im Bürgerforum ausgestellt gewesen. Die Verwaltung habe nun nach einer Möglichkeit der Umsetzung gesucht und diese mit Hilfe städtischer, Landes- und privater Mittel gefunden. Es müsse jedoch eine Zweckbindungsfrist von 5 Jahren eingehalten werden. Antragsteller werde das Jugendkulturbüro sein, das eine Zweckbindungsfrist von 5 Jahren keinesfalls erfüllen könne. Daher schlage die Verwaltung vor, das Jugendkulturbüro von dieser Pflicht zu entbinden und auf die Stadt Lüdenscheid zu übertragen.

Ohne Diskussion stimmen die Ausschussmitglieder einstimmig dieser Vorgehensweise zu.

7.1.2. Stellungnahme der Stadt Lüdenscheid zur Möglichkeit einer Streckenerweiterung bei der Veranstaltung "Autofreies Volmetal 2013"

Herr Hayer trägt die in der **Anlage** befindliche Stellungnahme der Stadt Lüdenscheid zur Möglichkeit einer Streckenerweiterung bei der Veranstaltung „Autofreies Volmetal 2013“ vor.

Die Ausschussmitglieder nehmen zustimmend Kenntnis.

7.1.3. Ausfahrtsituation der "STAR-Tankstelle" an der Altenaer Straße

Herr Hayer verliest die in der **Anlage** beigefügte Bekanntmachung.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Vorgehensweise der Verwaltung einstimmig zu.

7.2. Beantwortung von Anfragen

Entfällt

7.3. Anfragen

7.3.1. Heizungsanlage der Turnhalle der Hermann-Gmeiner-Grundschule

Ratsherr Wakup führt aus, dass diese, obwohl der Schulbetrieb in der Hermann-Gmeiner-Grundschule eingestellt sei, dennoch durch Vereine wie TuRa Eggenscheid für Übungsstunden genutzt werde. Es sei nun wiederholt der Fall gewesen, dass die Turnhalle nicht geheizt war. Er fragt an, ob der Verwaltung dieses bekannt sei.

Herr Welter antwortet, dass die Heizungsanlage für den gesamten Schulkörper auf Nachtabsenkung mit einer Temperatur von 12 – 13 Grad eingestellt sei, die Turnhalle aber weiter geheizt werde. Es habe hier einen Heizungsausfall gegeben, der erst spät festgestellt worden sei, da es für die Schule keinen Hausmeister mehr gebe. Der Schaden sei zwischenzeitlich behoben. TuRa Eggenscheid sei hierüber bereits durch die Verwaltung informiert worden. Es gebe nun die Vereinbarung, dass die Zentrale Gebäudewirtschaft direkt durch den Verein über festgestellte Schäden o.ä. informiert werde. Die Zentrale Gebäudewirtschaft werde die Schäden dann umgehend beheben.

Ratsherr Wakup bedankt sich für die Antwort.

7.3.2. Bildung eines Arbeitskreises zum Thema "Inklusion"

Ratsherr Skowasch-Wiers führt aus, dass in der letzten Sitzung des Schulausschusses das Thema „Inklusion“ intensiv besprochen worden sei. Er fragt an, ob die Einrichtung eines „Arbeitskreises Inklusion“ eingerichtet werden könne, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Herr Welter antwortet, dass das Thema „Inklusion“ bekannt sei. Die Stadt Lüdenscheid halte bereits jetzt aus jeder Schulform eine behindertengerechte Schule vor. Kleinere Maßnahmen seien bisher bereits durch die Zentrale Gebäudewirtschaft mit den vorhandenen Mitteln abgewickelt worden.

Ratsherr Voß ergänzt als Schulausschussvorsitzender, dass das Thema „Inklusion“ sich in einem noch sehr frühen Stadium befinde. Rahmenbedingungen habe auch die Mitarbeiterin der Bezirksregierung in ihrem Vortrag im Schulausschuss nicht festlegen können. Eindeutige Rahmenbedingungen seien aber erforderlich, um konkrete Maßnahmen und deren Kosten ermitteln zu können. Zudem sei es zu wenig, sich auf die Schulen zu beschränken. Vielmehr müsse hierzu eine Betrachtung sämtlicher städtischer Gebäude erfolgen. Erst dann könne man dem Thema „Inklusion“ gerecht werden. Da in der Folge Baumaßnahmen erforderlich seien, werde der Bau- und Verkehrsausschuss selbstverständlich mit den Maßnahmen befasst werden. Auf Nachfrage von Ratsherrn Skowasch-Wiers führt Ratsherr Voß weiter aus, dass es eindeutiges Votum des Schulausschusses sei, dass die benötigten Mittel zu gegebener Zeit dann vom Gesetzgeber zur Verfügung gestellt werden müssten.

7.3.3. Nutzung der Schulturnhallen durch Vereine; hier: Schlüsselgewalt

Ratsherr Wülfrath fragt an, ob es zur Vereinfachung möglich sei, den Vereinen verantwortlich Schlüsselgewalt für die Turnhallen zu geben, insbesondere für die Turnhalle der Hermann-Gmeiner- Grundschule, da diese keinen Hausmeister mehr habe.

Herr Welter antwortet, dass diese Turnhalle dreimal vormittags von Förderschulen genutzt werde und sonst in Schlüsselgewalt der Vereine liege. Schlüsselgewalt erstrecke sich jedoch nicht auf die vorhandene Technik wie die Heizungsanlage.

Ratsherr Wülfrath bedankt sich für die Antwort.

7.3.4. Defekte Laterne im Bereich "Honseler Steig"

Ratsfrau Hertes berichtet, dass im Honseler Steig seit längerer Zeit eine Laterne defekt sei. Anwohner hätten dieses bereits mehrfach beim Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb (STL) gemeldet und um Abhilfe gebeten. Ihnen sei jedes Mal die Auskunft gegeben worden, dass zunächst ein Baumschnitt erforderlich sei, bevor die Laterne repariert werden könne. Sie führt aus, dass es dringend erforderlich sei, die Beleuchtung des Weges schnellstmöglich wieder herzustellen, da diese Wegeverbindung zwischen Honseler Bruch und Worthstraße auch stark als Schulweg frequentiert werde. Sie fragt an, wann hier Abhilfe geschaffen werde.

Frau Ziemann sagt zu, den Sachverhalt umgehend an den STL weiterzuleiten und schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen. Sie erhalte direkt vom STL Nachricht.

7.3.5. Schaltung der Fußgängerampel über die Heedfelder Straße im Bereich Frankenstraße/Ludwigstraße

Ratsfrau Hertes berichtet, dass bereits mehrfach an sie herangetragen worden sei, dass die Fußgängerampelschaltung an der Heedfelder Straße in Höhe Frankenstraße/Ludwigstraße eine zu kurze Grünphase habe. Es sei hier nicht möglich, die Straße während der Grünphase zu überqueren. Sie fragt an, ob hier Abhilfe geschaffen werden könne.

Herr Hayer antwortet, dass die Zeiten der Grünphasen an Fußgängerampelanlagen grundsätzlich so geschaltet seien, dass bei einer Gehgeschwindigkeit von 1,0 m/sec (nach Richtlinie die langsamste anzusetzende Geschwindigkeit) mindestens $\frac{3}{4}$ der Fahrbahn gequert werden könne. Die dann folgende Fußgängerrotphase, in der der Fußgänger gesichert die Fahrbahn räumen könne, dauere so lange, wie ein Fußgänger bei 1,0 m/sec benötige, um die gesamte Strecke zwischen den Bordsteinen zurückzulegen. Für den konkret angefragten Fall sagt er eine Prüfung und ggf. Korrektur der Schaltung zu.

Ratsfrau Hertes bedankt sich für die Antwort.

7.3.6. Überprüfung der Tempo-30-Zone im Bereich Straßburger Weg Richtung Saarlandstraße

Ratsfrau Hertes führt aus, dass im Straßburger Weg in Richtung Saarlandstraße die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h insbesondere während der Zeiten vor Unterrichtsbeginn und nach Unterrichtsende nicht eingehalten werde. Der städtische

Radarwagen sei insbesondere zur Schulwegsicherung vorgesehen. Sie fragt an, ob es möglich sei, den städtischen Radarwagen dort zur Überprüfung aufzustellen.

Auf Rückfrage von Vorsitzendem Holzrichter reicht Ratsfrau Hertel eine Weitergabe des Sachverhalts an den Fachdienst Öffentliche Sicherheit und Ordnung zur weiteren Veranlassung aus.

7.3.7. KAG-Maßnahmen im Bereich "Vogelberg"

Ratsfrau Hertel fragt an, ob im Bereich Vogelberg in der nächsten Zeit Baumaßnahmen nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) vorgesehen seien?

Herr Rotter antwortet, dass derzeit keine Haushaltsmittel für KAG-Maßnahmen vorhanden seien. Es seien auf absehbare Zeit keine Maßnahmen zu erwarten.

Ratsfrau Hertel bedankt sich für die Antwort.

7.3.8. Regelung bzgl. Taxifahrten in der Altstadt

Ratsherr Bodenheimer fragt an, ob nach Entfernung der entsprechenden Beschilderung nunmehr keine Taxen mehr die Altstadt befahren dürften?

Herr Hutya antwortet, dass die Beschilderung aufgrund eines Beschlusses des Bau- und Verkehrsausschusses entfernt worden seien. Danach dürfe nun kein Taxi mehr die Altstadt befahren.

Ratsherr Bodenheimer bedankt sich für die Antwort.

gez. Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut

Schriftführerin